

Objekttyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **60 (1977)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 1 60. Jahrgang

Aarau, Januar 1977

Rq 5349

Sie lesen in dieser Nummer ...

Die Sorge um den Alltag

Jesus — Gott oder Mensch?

Freidenker zur Wiedergeburt
des Lichtes

Die Parteien und die Kirche

Die Schweizerische Evangelische Zeitschrift für Kultur und Politik «Reformation» hat im Hinblick auf die zustande gekommenen eidgenössische und kantonalzürcherische Volksinitiativen auf Trennung der Kirche vom Staat bei den in unserem Parlament vertretenen politischen Parteien eine Umfrage vorgenommen, wie sie zum Christentum und zu den Kirchen stehen. Die eingegangenen Antworten sind ausserordentlich interessant. Fast alle Parteien bekennen sich zum Christentum, und alle betonen eine mehr oder minder grosse Distanz gegenüber den Kirchen.

Die Freisinnig-demokratische Partei (FdP)

erklärt, dass sie den christlichen Glauben und die christlichen Werte und Traditionen achte, wie andererseits die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu ihren Parteipostulaten zähle. Sie stehe an der Seite der Kirche, wo die christliche Religion einem Druck ausgesetzt sei. Sie sei aber keiner bestimmten Konfession verpflichtet.

Die aus der katholisch-konservativen Partei hervorgegangene **Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)** hat, wie schon ihr Name besagt, ein positives Verhältnis zum Christentum. Sie bezeichnet sich aber auch eben so als Volkspartei, d.h. sie verlangt von ihren Mitgliedern keine bestimmte Konfessionszugehörigkeit. Doch vertritt sie den Anspruch, dass das politische Handeln nach den Massstäben des Christentums zu messen sei. Die CVP als solche hat keine offiziellen Beziehungen zu organisierten Kirchen und

religiösen Gemeinschaften. Da aber viele ihrer Mitglieder den Kirchen und religiösen Gemeinschaften angehören, ergibt sich natürlich eine Vielzahl inoffizieller Kontakte.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP),

eine im Grunde konservativ eingestellte Formation, welche die Vertretung bäuerlicher und gewerblicher Interessen zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht hat, vertritt satzungsgemäss die christlichen Grundsätze in der Politik. Sie bekennet sich zu einer überkonfessionellen christlichen Lebensauffassung, wobei ein christlich gefärbter Humanismus besonders unterstrichen wird. Ungeachtet ihres Konservatismus bezweifelt sie die Zweckmässigkeit gewisser Institutionen und Strukturen, die sich früher bewährt haben, weil sie von der Entwicklung überholt worden sind. Andersdenkende seien zu respektieren, aber für die SVP bildet das Christentum die Richtlinie für die politische Arbeit.

Republikaner und Nationale Aktion

Beide Gruppen der äussersten Rechten betonen ihre Christlichkeit. Die Republikaner erklären, sie stünden fest verwurzelt auf dem Boden des christlichen Glaubens, und ihr «Führer» Schwarzenbach hat sogar seine Sympathien für den reaktionären katholischen Erzbischof Lefèbvre und seinen Anhängerkreis in Ecône bekundet. Die Nationale Aktion bekennet sich als eine im Grunde christliche Bewegung, bei der aber eine ausgeprägte Skepsis gegenüber den Landeskirchen vorhanden sei. Die heutige Gesellschaft sei im wesentlichen vom

Christentum geprägt, da sie aber krank sei, erscheinen auch die christlichen Werte und Traditionen fragwürdig.

Die Evangelische Volkspartei (EVP)

bekennet sich, wie schon aus ihrem Namen hervorgeht, zum Christentum. Die Kirchen sind für die EVP, die ohne deren Aktivitäten nicht bestünde, von grundsätzlicher Bedeutung. Unter den politischen Exponenten der EVP gibt es Personen, die daneben kirchliche Funktionen aktiv ausüben. Nach Ansicht der EVP sind die Kirchen überparteiliche Institutionen, die weder Ideologien noch Machtansprüche vertreten (eine doch recht anfechtbare Behauptung! W. G.).

Der Landesring der Unabhängigen (LdU)

erklärt das Bekenntnis zum christlichen Glauben als eine Frage der persönlichen Lebensentscheidung, was übrigens für alle religiösen Bekenntnisse gelte. Er vertritt aber die Auffassung, dass christliche Werte seit alters her im Leben unseres Volkes einen festen Platz haben, er anerkennt sie und steht ihnen positiv gegenüber. Doch in den Richtlinien zur Landesringpolitik findet sich nirgends der Ausdruck «christlich». Die für den LdU massgebenden Werte wie Freiheit, Menschenwürde, Solidarität mit den Schwachen seien nicht das Monopol des Christentums. Er lehnt es ab, politische Entscheidungen als christlich zu etikettieren.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) bekennet sich zur Freiheit der Weltanschauung und zur religiösen Toleranz. Der Vorstellung eines christlichen Staates könne auf Grund geschichtlicher Erfahrungen nur mit grösstem Misstrauen begeg-

